

Egger, Martin; Scheid, Rudolf; Diekmann, Achim; Zechlin, Hans-Jürgen; Munde, Wolfgang

Article — Digitized Version

Erwartungen für die 80er Jahre

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Egger, Martin; Scheid, Rudolf; Diekmann, Achim; Zechlin, Hans-Jürgen; Munde, Wolfgang (1980) : Erwartungen für die 80er Jahre, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 2, pp. 63-71

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135404>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Erwartungen für die 80er Jahre

Die Kommentare und Prognosen zu Beginn der 80er Jahre waren alles andere als von Optimismus geprägt. Die tatsächliche Entwicklung im neuen Jahrzehnt dürfte aber nicht unwesentlich auch davon abhängen, mit welchen Erwartungen man an die Lösung der vor uns stehenden Probleme herangeht. Bau-, Elektro-, Automobil-, Maschinenbau- und chemische Industrie waren wichtige Wachstumsträger in der Vergangenheit. Welche Erwartungen hegen diese Industriezweige für die kommenden Jahre?

Martin Egger

Bauperspektiven für 1980 und die 80er Jahre

Vor dem Hintergrund eines günstigen Baujahres 1979 kann auch für 1980 insgesamt mit einer weiteren Zunahme der Bauproduktion gerechnet werden. Das Bauvolumen, also die Summe aller im Inland erbrachten Bauleistungen, erreichte 1979 einen Betrag von etwa 235 Mrd. DM, das waren trotz der erheblichen witterungsbedingten Verzögerungen zum Jahresbeginn gut 6 % mehr als 1978 (preisbereinigt).

Die zu erwartende bauwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1980 ergibt sich aus den Auftragsengängen des vergangenen Jahres. Diese sind im ersten Halbjahr 1979 gegenüber dem ersten Halbjahr 1978 noch um real 5 % gestiegen, nach je 17 % in den vorangegangenen drei Halbjahren. Im zweiten Halbjahr 1979 aber trat erstmals nach fast 2 1/2jährigem ununterbrochenem Anstieg ein Rückgang um etwa 2 % ein. Zur Jahresmitte 1979 gab es also eine Trendwende bei der Baunachfrage.

Aufgrund der hohen Auftragsbestände, mit denen die Baufirmen in

das neue Jahr hineingegangen sind, kann aber 1980 noch mit einer realen Zunahme des Bauvolumens um etwa 4 % gerechnet werden. Der Sachverständigenrat veranschlagte im Herbst die reale Zunahme der Bauinvestitionen sogar auf 5,5 %. Inzwischen machen sich pessimistischere Prognosen breit, die für das zweite Halbjahr 1980 mit einem realen Rückgang der Bauproduktion rechnen.

Diese Entwicklung dürfte von einem weiteren Nachlassen der Auftragsvergaben begleitet sein. Im Wirtschaftsbau werden die Aufträge nur dann wachsen, wenn die Investitionspläne der Wirtschaft nach oben gerichtet bleiben. Im Wohnungsbau ist – ausgenommen bei der Wohnungsmodernisierung – eine weitere spürbare Abschwächung unausweichlich. Der Grund liegt in den hohen Zinsen und den gestiegenen Grundstücks- und Baupreisen sowie in der restriktiven Mietgesetzgebung. Im öffentlichen Hoch- und Tiefbau ergibt sich ein weiterer Rückgang der Auftragsvergaben allein schon aus dem allmählichen Auslaufen des Zukunftsinvestitionsprogramms.

Die günstige Finanzlage der Gemeinden wird allerdings vorerst diesen Trend mildern, so daß ein zu starker „Einbruch“ nicht zu erwarten ist.

Abschwächung der Nachfrage

Die abgeschwächte Auftragsentwicklung wird Folgen für den Wettbewerb um die weniger werdenden Bauaufträge haben und damit auch die Preis- und Ertragsentwicklung beeinflussen. Ob dies indessen schon als Vorbote einer allgemeinen konjunkturellen Verschlechterung auf den Baumärkten zu bezeichnen ist, die dann 1981 voll wirksam werden könnte, bleibt abzuwarten.

Jedenfalls brauchte und sollte eine Entwicklung, die ein Abgleiten der Baunachfrage mit der Folge unzureichender Beschäftigung erwarten läßt, nicht untätig hingenommen werden, denn sie hätte weitreichende, über die Branche hinausgreifende beschäftigungspolitische Auswirkungen. Die Bauwirtschaft ist der größte Wirtschaftsbereich in unserer Volks-

wirtschaft. Eine stetige Bautätigkeit bei weiter bestehendem großen Baubedarf ist eine elementare Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und allgemeinen Wohlstand.

Keine größeren politischen Entwicklungen vorausgesetzt, ist die staatliche Wirtschaftspolitik durchaus in der Lage, einem neuen Einbruch entgegenzuwirken. Notwendig sind eine an den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen orientierte Lohnpolitik, eine Verbesserung der Struktur der Staatsausgaben zugunsten einer stetigen Politik der Investitionsförderung und rechtzeitige vorbeugende Maßnahmen im Sinne einer Verstetigung der Baunachfrage.

Neben der Abschwächung der Nachfrage auf dem Inlandsmarkt muß mit einer Abschwächung der Auftragseingänge auch aus dem Ausland gerechnet werden. Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind schon 1979 mit rd. 7 Mrd. DM erheblich unter die Summe von 9,7 Mrd. DM des Jahres 1978 gefallen.

So sind für die deutsche Bauwirtschaft nicht alle Vorzeichen für 1980 günstig. Dennoch geht die Baubranche im Vertrauen auf ihre Leistungsfähigkeit und mit dem Blick auf die weiter anstehenden großen Bauaufgaben im In- und Ausland mit Zuversicht in das Jahr 1980.

Längerfristige Entwicklungstendenzen

Die Voraussagen der langfristigen Entwicklung der Bauwirtschaft hängen von zusätzlichen Voraussetzungen und Annahmen ab, deren Eintreffen schwer abzuschätzen ist. Zu nennen ist die Bevölkerungsentwicklung, die Aufrechterhaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung und vor allem die Ein-

schätzung der weiteren Produktivitätsfortschritte.

Vor zehn Jahren lauteten die damals vorliegenden Bauprognosen dahingehend, daß sich innerhalb eines solchen Zeitraumes die Bauproduktion etwa um 70 bis 80 % ausdehnen würde, die öffentliche Bautätigkeit sogar verdoppeln. Heute gehen die vorliegenden Studien davon aus, daß in den nächsten zehn Jahren das jährliche durchschnittliche reale Bauwachstum nur etwa 1 % betragen wird. Das ist weniger als die erwartete Zunahme des Bruttosozialprodukts.

Die Autoren
unseres
Zeitgesprächs:

Dr. Martin Egger, 50, ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V. in Wiesbaden.

Prof. Dr. Rudolf Scheid, 54, ist Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie e.V. (ZVEI) in Frankfurt.

Dr. Achim Diekman, 49, ist Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie e.V. (VDA) in Frankfurt.

Dr. Hans-Jürgen Zechlin, 45, ist Mitglied der Hauptgeschäftsführung im Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten e.V. (VDMA) in Frankfurt.

Dr. Wolfgang Munde, 51, ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie e.V. in Frankfurt.

Es ist keine neue Erkenntnis, daß der Anteil der Bauproduktion am Bruttosozialprodukt langsam zurückgeht. Diese Entwicklung ist vielmehr typisch für alle hochindustrialisierten Volkswirtschaften. Betrug Anfang der 60er Jahre der Anteil der Bauproduktion in der Bundesrepublik am Bruttosozialprodukt noch rd. 20 %, so sank der Anteil 1975 auf 16 %, um 1979/80 wieder – wahrscheinlich aber nur vorübergehend – anzusteigen. Langfristig, also etwa für das Jahr 1990, wird vielfach von einem Anteil von nur 13 bis 14 % am Bruttosozialprodukt gesprochen.

Bei diesen Prognosen wird leider häufig übersehen, daß es in weiten Bereichen unserer Gesellschaft noch einen erheblichen Bedarf an Bauten gibt. Dazu gehören der weitere Infrastrukturausbau auf zahlreichen Gebieten, besonders für den Verkehr, die Bauten für Energieversorgung, -gewinnung und -einsparung, wie überhaupt die Bauten, die bei der Durchsetzung neuer Technologien zur rationellen Verwendung von Energie und Rohstoffen und zur Anwendung alternativer Energie- und Rohstoffquellen erforderlich werden. Dazu kommen der Umweltschutz, der Schutzraumbau und die Wohnungsmodernisierung einschließlich Wohnumfeldsanierung. Trotz eines quantitativen Gleichgewichts auf dem Wohnungsmarkt sind auch noch immer erhebliche Teile der Bevölkerung unzureichend oder am falschen Ort untergebracht.

Betrachtet man dies, gelangt man zu dem Schluß, daß bei geeigneter Wirtschafts- und Finanzpolitik durchaus Chancen gegeben sind, ein höheres Bauwachstum auf längere Sicht zu erreichen, das andererseits auch notwendig ist, um Vollbeschäftigung bis in die 90er Jahre hinein zu sichern.

Rudolf Scheid

Die deutsche Elektroindustrie beim Start in das neue Jahrzehnt

Die deutsche Elektroindustrie startet unter positiven konjunkturellen Bedingungen in das neue Jahrzehnt. Trotz der zu erwartenden Abschwächung der Auftrags-eingänge wird es im Jahr 1980 zu einer noch recht günstigen Produktionsentwicklung kommen. Bei der Vielgestaltigkeit dieses Industriezweiges werden sich die einzelnen Bereiche jedoch sehr unterschiedlich entwickeln.

Im Gegensatz zu den positiven konjunkturellen Startvoraussetzungen werden sich die längerfristigen Wachstumsimpulse abschwächen. Während die Elektroindustrie in der Vergangenheit stets überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielt hatte, stellt sich nunmehr unter dem Einfluß nahezu unüberwindlicher Widerstände im Kraftwerkbau sowie einer um sich greifenden Ablehnung von Rationalisierungstechnologien eine Nivellierungstendenz ein. Voraussichtlich wird die deutsche Elektroindustrie im ersten Jahrfünft des begonnenen Jahrzehnts nur noch durchschnittlich wachsen, d. h. eine Jahresproduktionszunahme von etwa 3 - 4 % erzielen können.

Etwa ab der Mitte der achtziger Jahre befürchtet die Elektroindustrie einen Engpaß in der Stromversorgung. Daraus werden sich für ihre weitere Zukunft zwei gegenläufige Tendenzen ergeben. Einerseits ist damit zu rechnen, daß spätestens bei der fühlbar werdenden Stromverknappung der

Nachholbedarf auf dem Gebiete des Kraftwerkbaus einsetzt, während die damit einsetzenden Stromversorgungsschwierigkeiten andererseits den Absatz von elektrischen Haus- und Heizgeräten empfindlich treffen können. Die darin liegenden Herausforderungen werden vermutlich auch auf den zusätzlichen Einsatz von Energiespartechnologien zurückwirken. Dies wird sich vor allem auf den Gebieten neuer Techniken der Raumheizung (elektrische Wärmepumpen, Solartechnik) zeigen, andererseits aber auch in verbesserten regelungstechnischen Einrichtungen zur energiesparenden Steuerung herkömmlicher Anlagen.

Zukünftig wird der Ersatz der Mikroelektronik – wie überhaupt der dezentralisierten Elektronik – in der Verfahrenstechnik, der Prozeßautomatisierung, der Verwaltung, der Gebäudetechnik, bei Hausgeräten und im Automobilbau verstärkt zur Geltung kommen. Die Ausbreitung der dafür in Betracht kommenden Anwendungsgebiete wird der elektrotechnischen Produktion spürbare Impulse geben.

Externe Einflüsse

Zu den Trendfaktoren, die die Entwicklung in der Elektroindustrie im kommenden Jahrzehnt weiterhin bestimmen werden, dürfte auch die sich vergrößernde Diskrepanz in der Entwicklung von Exporten und Importen gehören. Während

das Exportvolumen noch 1974 ungefähr dem doppelten Betrag der Importe entsprach, ist diese Relation seitdem auf 1,5 : 1 zurückgegangen. Es ist damit zu rechnen, daß der Exportüberschuß bei schwächer werdender Exportzunahme und anhaltend steigenden Importen weiter abgebaut wird. Darin wird die kosteninflationäre Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Bundesrepublik sichtbar. Zukünftig werden sich auch im Export die Schwierigkeiten auswirken, die sich im inländischen Kraftwerkbau und in der Informationstechnologie eingestellt haben. Denn es muß damit gerechnet werden, daß das Interesse ausländischer Nachfrager für Technologien nachläßt, die im Inland abgelehnt werden.

Auch die politischen Widerstände gegen Kabelfernsehen und gegen andere neue Kommunikationstechnologien belasten die Zukunftserwartungen der deutschen Elektroindustrie.

Hinsichtlich der sonstigen externen Einflüsse geht die Elektroindustrie davon aus, daß auch im kommenden Jahrzehnt eine auf liberalen Welthandel zielende Wirtschaftspolitik praktiziert und gegen dirigistische Bestrebungen durchgehalten wird. Sie ist sich dabei der Schwierigkeiten bewußt, die von der Rohstoffseite, aber auch von den handelspolitischen Zielsetzungen und Maßnahmen der sogenannten Dritten Welt zu befürchten

sind. Gleichwohl dürfte gerade die Entwicklung der Dritten Welt nicht nur auf die Lieferungen elektrotechnischer Erzeugnisse, sondern auch auf einen möglichst ungestörten und umfassenden Technologietransfer angewiesen sein. Dabei wird es gleichzeitig zu einer Verstärkung des bereits erkennbaren Trends zu einem größer werdenden Anteil des Engineerings am Elektroexport in diese Länder kommen.

Eine der strukturellen Tendenzen, die sich in der Elektroindustrie in den 80er Jahren verstärkt durchsetzen werden, ist die zunehmende Bedeutung des Anlagenbaus, vor allem im Export. Damit wird auch ein Teil des herkömmlichen Seriengeschäfts in die komplexeren Angebotspaletten des Anlagenbaus überführt. Auf diese Weise entspricht die deutsche Elektro-

industrie den strukturellen Nachfrageänderungen, die bereits seit einigen Jahren zu beobachten sind und die fordern, daß Anbieter von Elektrotechnik in der Lage sind, nicht nur die Geräte zu liefern, sondern auch das gesamte technisch organisatorische Know-how.

Stärkung der Wettbewerbsposition

Wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Wettbewerbsposition deutscher Elektrounternehmen international erhalten und gestärkt wird, ist eine dem Produktivitätswachstum angepaßte Kostenentwicklung, vor allem auf der Arbeitskostenseite. Mit den bereits heute höchsten Arbeitskosten der Welt kann die deutsche Elektroindustrie im internationalen Handel nur bestehen, wenn sie nicht daran gehindert wird, ihre Produktivitätspo-

tentiale möglichst vollständig und kontinuierlich auszuschöpfen, und wenn gleichzeitig die Lohnerhöhungen auf ein möglichst stabiles Niveau der Lohnstückkosten hinführen.

Zusammen mit einer Steuerpolitik, die die Investitionstätigkeit nicht hemmt, sondern fördert, und die die Kapitalbildung schont und nicht diskriminiert, wird vor allem die Entwicklung der Arbeitskosten über die Zukunft der deutschen Elektroindustrie entscheiden. Denn nur wenn vermieden werden kann, daß zu den ohnehin vorhandenen Schwierigkeiten noch eine trendmäßige Kosteninflation kommt, wird die internationale Wettbewerbsstellung der deutschen Industrie – und nicht nur der Elektroindustrie – verteidigt werden können.

Achim Diekmann

Automobilindustrie mit abnehmenden Wachstumsspielräumen

Konnte man sich noch vor wenigen Jahren auf die Frage nach der Zukunft der Automobilindustrie damit begnügen, auf den flacher werdenden Wachstumstrend dieser Branche zu verweisen, so muß heute eingeräumt werden, daß die Zahl der Unbekannten größer und der Ausblick auf die 80er Jahre unsicherer geworden ist. Selbst wer in den weltpolitischen Ereignissen der zurückliegenden Monate lediglich einen vorübergehenden Wettersturz sieht, wird nicht leugnen können, daß das Risiko weiterer

politischer und wirtschaftlicher Turbulenzen gestiegen ist.

An erster Stelle stehen dabei sicherlich die Risiken der künftigen Energieversorgung. Wir wissen heute, daß die Versorgung der Industrieländer mit Mineralöl in den 80er Jahren weniger ein geologisches als vielmehr ein politisches Problem sein wird. Je nachdrücklicher die Anstrengungen sind, mit denen die Industrieländer ihre Abhängigkeit vom Öl verringern, desto größer ist die Chance, daß be-

drohliche Gleichgewichtsstörungen in der Ölversorgung während der kommenden Jahre verhindert werden können.

Die bisherige Bilanz dieser Anstrengungen läßt positive und weniger ermutigende Entwicklungen erkennen. Als enttäuschend muß das Tempo beim Ausbau alternativer Energiequellen bezeichnet werden. Dagegen zeigen die Einsparbemühungen erste Erfolge. Der Automobilbereich liefert hierfür ein anschauliches Beispiel. So

stieg in der Bundesrepublik 1979 der Benzinverbrauch lediglich um 1,3 %, obgleich die Zahl der im Verkehr befindlichen Fahrzeuge 6,2 % höher lag als im Jahr zuvor. Das heißt, der einzelne Fahrzeughalter ist mit etwa 5 % weniger Kraftstoff ausgekommen als 1978.

Senkung des Kraftstoffverbrauchs

Neben dem sparsameren Umgang mit dem Gaspedal beginnt hier der Bau verbrauchsgünstigerer Fahrzeuge, um den die Automobilindustrie sich seit Anfang der 70er Jahre stark bemüht, erste Früchte zu tragen. Trotz einer zunehmenden Verlagerung der Nachfrage auf Fahrzeuge der gehobenen Mittelklasse hat sich der Durchschnittsverbrauch der in der

Bundesrepublik hergestellten und abgesetzten Pkw im vergangenen Jahrzehnt um annähernd 10 % verringert. Für die erste Hälfte der 80er Jahre ist eine nochmalige Absenkung um mindestens 10 bis 12 % vorgesehen. Trotz eines gestiegenen Fahrzeugbestandes wird – verbrauchsbewußte Nutzung der Fahrzeuge vorausgesetzt – der Benzinverbrauch des Jahres 1985 unter dem heutigen Niveau liegen:

Parallel zur Senkung des Kraftstoffverbrauchs wird die zunehmende Motorisierung Verbesserungen bei der Umweltverträglichkeit der Automobile notwendig machen. Der Bau leiser, weniger Schadstoffe ausstoßender Fahrzeuge muß mit der Zielsetzung eines niedrigen Verbrauchs in Einklang gebracht werden. Dies stellt

hohe Ansprüche an die Kreativität der Ingenieure. Doch gerade die deutsche Automobilindustrie, die beim Bau anspruchsvoller, qualitativ hochwertiger Fahrzeuge stets ihre Spitzenposition behauptet hat, sollte sich dieser Herausforderung gewachsen zeigen.

Ausgefeilte Technik aber sichert für sich genommen keine Markterfolge. Sie muß sich auch verkaufen lassen. Dies setzt einen wettbewerbsfähigen, für den Kunden hinreichend attraktiven Preis voraus. Hier liegt die zweite Herausforderung, mit der die deutschen Automobilhersteller in den kommenden Jahren fertig werden müssen. Denn von der Kostenlage her gesehen sind sie in dem sich weiter verschärfenden internationalen Wettbewerb im Nachteil.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Axel Borrmann, Christine Borrmann, Manfred Stegger

DAS ALLGEMEINE ZOLLPRÄFERENZSYSTEM DER EG

Lange Zeit herrschte in Wissenschaft und Politik Unklarheit über die tatsächliche Effizienz allgemeiner Zollpräferenzen. Mit der vorliegenden Studie wurde eine Datenbasis geschaffen, die erstmals eine detaillierte Evaluierung des Präferenzsystems erlaubt. Darüber hinaus werden die handelsstimulierenden Effekte der Präferenzen analysiert sowie der Stellenwert des Allgemeinen Zollpräferenzsystems der EG im System präferenzierter Handelsbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ermittelt.

Großoktav, 306 Seiten, 1979, Preis brosch. DM 36,—

ISBN 3-87895-187-6

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

Im vergangenen Jahr lagen in der deutschen Automobilindustrie die Lohnkosten je Beschäftigtenstunde bei 25,20 DM. In den USA waren es nur 22,65 DM und in Japan, dem zweitgrößten Herstellerland und derzeit wohl bedeutendsten Konkurrenten in der Bundesrepublik auf dem Automobilssektor, sogar nur 15,02 DM.

Verstärkter internationaler Wettbewerb

Es gibt keinen Produktivitätsvorsprung der deutschen Automobilindustrie, der diese Kostennachteile ausgleicht. Im Gegenteil, die Produktionsleistung je eingesetzter Arbeitsstunde liegt in der japanischen Automobilindustrie deutlich höher als in der deutschen Automobilindustrie. Die USA andererseits haben im Vergleich zur Bundesrepublik den Vorteil eines billigeren Zugriffs zu wichtigen Rohstoffen in die

Waagschale zu werfen. Hinzu kommt, daß die amerikanische Automobilindustrie derzeit den Zwang zur Umstellung ihrer Produktion auf Fahrzeuge europäischen Zuschnitts mit entsprechend niedrigem Kraftstoffverbrauch nutzt, um gleichzeitig ihren Produktionsapparat grundlegend zu modernisieren. Am Ende dieser Umstellung wird die amerikanische Automobilindustrie daher nicht nur über eine neue Fahrzeuggeneration, sondern auch über ein höheres Produktivitätsniveau verfügen.

Hat unter diesen Umständen die deutsche und mit ihr die europäische Automobilindustrie überhaupt noch eine Chance, den beiden Supermächten des Automobilbaus USA und Japan Paroli zu bieten? Die umfangreichen Investitionsprogramme, mit denen die deutsche Automobilindustrie in die 80er Jah-

re geht und die in ihrer Relation zum Umsatz denen der großen amerikanischen Unternehmen an Bedeutung kaum nachstehen, lassen keine Anzeichen von Resignation erkennen.

So kann die Prognose gewagt werden, daß es der deutschen Automobilindustrie selbst bei weiter nachlassendem Wachstum der Automobilmärkte in den 80er Jahren gelingen wird, ihre Position zu verteidigen. Dies heißt weiteres Wachstum, das allerdings sich weniger in Stückzahlen als in der steigenden Wertschöpfung je produzierter Einheit niederschlagen wird. Wachstumsmotor wie in den zurückliegenden Jahrzehnten wird die deutsche Automobilindustrie künftig nicht mehr sein. Wohl aber kann davon ausgegangen werden, daß sie mit der Expansion des Sozialprodukts Schritt halten wird.

Hans-Jürgen Zechlin

Maschinenbau – mit Zuversicht in die 80er Jahre

Der nach Umsatz und Beschäftigung größte deutsche Industriezweig, der Maschinenbau, beurteilt seine langfristigen Chancen in den 80er Jahren mit Zuversicht; Risiken und Zweifel bestehen allerdings hinsichtlich der kurzfristigen Entwicklung.

Das abgelaufene Jahr hat im deutschen Maschinenbau einschließlich der Büro- und Informationstechnik zu einer realen Produktionsausweitung von knapp 5 % geführt. Dieses erfreuliche Ergebnis wurde hauptsächlich vom Inlandsabsatz getragen, der deut-

lich von der inländischen Investitionsbelegung profitierte. Der Maschinenexport dagegen hat im Vorjahresvergleich eher stagniert.

Die kurzfristigen Aussichten für das Inlandsgeschäft im neuen Jahr werden weiterhin durch das Investitionsverhalten der deutschen Industrie bestimmt. Nach den vorliegenden Erhebungen planen fast die Hälfte aller deutschen Unternehmen für 1980 höhere Investitionsausgaben als 1979, gut ein Drittel will etwa gleich viel investieren und etwa ein Sechstel beabsichtigt, seine Investitionsausga-

ben zu kürzen. Insgesamt könnte dies auf einen realen Investitionsanstieg bei den Industrieunternehmen – und diese sind die Inlandskunden des deutschen Maschinenbaus – in einer Größenordnung von 7 % hinauslaufen.

Allerdings scheint die Investitionsneigung wieder umzukippen. Die inländischen Auftragseingänge des Maschinenbaus haben sich nach vorher deutlicher Aufwärtsbewegung im letzten Quartal 1979 spürbar abgeschwächt. Die Auslandsbestellungen weisen sogar negative Vorzeichen auf. Dies

stimmt mit der allgemeinen Beobachtung überein, nach der sich die gesamtwirtschaftliche Konjunkturlage und insbesondere das Investitionsverhalten in unseren westlichen Nachbarländern früher abschwächt.

Im Vergleich zur übrigen Industrie beurteilt der deutsche Maschinenbau seine Konjunkturaussichten für 1980 günstig. Dennoch wird er sich, eingebettet in die gesamtwirtschaftliche Konjunktorentwicklung, den jetzt deutlicher zu Tage tretenden gesamtwirtschaftlichen Schwächesymptomen auf Dauer nicht entziehen können. Die Branche hofft jedoch, diesmal auf der auslaufenden Konjunkturwelle möglichst lange schwimmen zu können und 1980 ein reales Produktionsplus von etwa 3 % zu erreichen.

Wachstumsbranche der 80er Jahre

Seine eigentlichen Chancen sieht der Maschinenbau in der langfristigen Entwicklung während der 80er Jahre. Im abgelaufenen Jahrzehnt hatte die Branche unter der gesamtwirtschaftlichen Investitionsflaute zu leiden. Gleichwohl konnte sie auch in dieser Zeit ihre Leistungsfähigkeit eindrucksvoll unter Beweis stellen: Nach wie vor entfällt auf den deutschen Maschinenbau der größte Anteil an der Weltmaschinenausfuhr, und er konnte seine Position gegenüber den Vereinigten Staaten sogar verbessern. Bei der Eroberung neuer Märkte, z. B. den OPEC-Ländern oder China, wurden von deutschen Maschinenbau-Unternehmen erstaunliche Erfolge erzielt.

Die technischen Herausforderungen, die sich mit den Schlagworten „Mikroprozessor“ und „Elektronisches Setzverfahren“ nur unvollständig andeuten lassen,

wurden von den meist kleinen und mittleren Unternehmen des Maschinenbaus nicht nur angenommen, sondern in den meisten Fällen auch schnell und flexibel gemeistert.

Als Schrittmacher für Strukturwandel, Fortschritt und Produktivitätssteigerung könnte der Maschinenbau zu einer Wachstumsbranche der 80er Jahre werden. Hierfür gibt es gute Gründe: Der Modernisierungsbedarf der Industrieländer, der Zwang zur Umstrukturierung der Wirtschaft, aber auch die Forderungen nach höherem Einkommen und mehr Freizeit setzen höhere Produktivität voraus. Dieses Ziel läßt sich jedoch nur dann erreichen, wenn mehr investiert wird, wenn zusätzliche und modernere Maschinen eingesetzt werden.

Die teilweise drastisch veränderten Währungskurse zwingen die gesamte deutsche Industrie zur Überprüfung ihrer Produktionspalette und Anpassung der Produktionsmethoden an die veränderten Faktorpreise. Denn der Preislenkungsmechanismus wirkt in einer Marktwirtschaft unerbittlich. Er zwingt zur ständigen Modernisierung und Erneuerung. Und dieser Zwang hat sich aufgrund der starken DM-Aufwertungen verstärkt; er macht zusätzliche Investitionen und den vermehrten Einsatz von Maschinen am Standort Bundesrepublik Deutschland erforderlich.

Investitionsbedarf der Entwicklungsländer

Der Investitionsbedarf der Entwicklungsländer, insbesondere jener, die teilweise schon die Schwelle zur modernen industriellen Fertigungsweise erreicht haben, wird weiter zunehmen. Das stärkt die Nachfrage nach Werkzeugmaschinen, Landmaschinen, Holzbearbeitungs- und Bauma-

schinen, aber auch nach EDV-Anlagen und modernen Büroausrüstungen.

Den potentiellen weltweiten Maschinenbedarf hat der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA) kürzlich mit einer vereinfachenden Rechnung dargestellt: In der Bundesrepublik werden pro Kopf und Jahr für 732 DM Maschinen gekauft, in den USA für 1102 DM, in Brasilien, einem Land, das sich auf dem Wege zur Industrialisierung befindet, für etwa 112 DM und in Indien für nur 10 DM. So vereinfachend diese Rechnung sein mag, eines zeigt sie deutlich: Der Maschinenbedarf der Entwicklungsländer ist groß, wenn der Anschluß an die hochindustrialisierten Länder erreicht werden soll. Und die als Exportprofis erfahrenen deutschen Maschinenbau-Unternehmen werden die sich hier bietenden Chancen nicht verschenken.

Neue Wachstumsimpulse

Selbst die Energieverteuerung, so sehr sie auch die gesamtwirtschaftlichen Konjunkturaussichten und die internen Verteilungskämpfe belastet, könnte dem Maschinenbau Chancen bieten und Wachstumsimpulse auslösen. Denn die Bemühungen, alternative Energiequellen zu erschließen oder Energie einzusparen, fordern das technische Wissen dieser Branche. Schon heute lassen sich Beispiele dafür nennen, daß die Produkte des Maschinenbaus zur Bewältigung der Energiekrise benötigt werden: Die Baumaschinenindustrie könnte die zusätzlichen Investitionen zur Wärmeisolierung von Gebäuden zu spüren bekommen; die Pumpenhersteller werden von der steigenden Nachfrage nach Kraftwärmepumpen zusätzliche Impulse erhalten; die Luft- und

Klimatechnik wird sich verstärkt um die wirtschaftliche Nutzung der Sonnenenergie bemühen; die Antriebstechnik entwickelt neue, treibstoffsparende Getriebe, und die Hersteller von Regelarmaturen werden zusätzliche Aufträge verbuchen, wenn und soweit die Heizungen künftig mit Regelventilen ausgestattet werden.

Diese unvollständig aufgezählten Beispiele stehen unter dem Vorbehalt, daß unsere Phantasie nicht ausreicht, um uns die Vielfalt technischer Lösungen vorzustellen, die als Resultate einer intensiven und ingenieurwissenschaftlichen Anstrengung zur Entwicklung alternativer Energien und Energieeinsparungstechniken zu erwarten sind. Und man kann sogar hof-

fen, daß sich hieraus eine Art „Sputnik-Effekt“ ergibt, ähnlich jenem Investitionsschub, der das Ergebnis der amerikanischen Anstrengungen in der Raumfahrt war.

Schließlich haben sich auch die wirtschaftspolitischen Rahmenkonstellationen für das Investieren gegenüber den 70er Jahren spürbar verbessert. Die Intention geht nicht mehr dahin, die Belastbarkeit der Wirtschaft zu testen, sondern Investitionen werden heute als gemeinsamer Nenner zur Lösung unserer Struktur-, Wachstums- und Beschäftigungsprobleme angesehen. In Andeutungen läßt sich ein Sozialkonsens zwischen Regierung, Wirtschaft, Arbeitnehmern und Wissenschaft feststellen; ein Konsens darüber, die gemeinsamen

Probleme Rohstoffverteuerung, Lohndruck, Inflation, Strukturwandel und Energieknappheit zu meistern, und zwar über produktivitätssteigernde, den Strukturwandel beschleunigende Investitionen.

Der deutsche Maschinenbau, als Kernbereich der Investitionsgüterindustrie, erhofft sich hiervon Impulse. Als Schrittmacher für Strukturwandel und Modernisierung der Wirtschaft hat er, wie kaum ein anderer deutscher Industriezweig, die Chance, zur Wachstumsbranche der 80er Jahre zu werden, soweit – und diese Einschränkung wird man heute wohl bei allen längerfristigen Betrachtungen machen müssen – es zu keinen politischen und gesellschaftlichen Verwerfungen kommt.

Wolfgang Munde

Herausforderungen an die chemische Industrie

Knapper und teurer werdende Rohstoffe kennzeichnen die Situation der chemischen Industrie zu Beginn der achtziger Jahre und sind auf absehbare Zeit die größte Herausforderung für diesen Industriezweig. Die Auswirkungen des weltweiten Verteilungskampfes um Rohstoffe, vor allem Erdöl, sind in ihren gesellschaftspolitischen Konsequenzen auch nicht annähernd abzuschätzen. Die Verschärfung der weltpolitischen Lage in den zurückliegenden Wochen stellt überdies jede wirtschaftliche Prognose in Frage. Die mittel- und langfristigen einschneidenden Folgen der

aktuellen Rohstoffverteuerung sind gleichwohl unübersehbar.

So ist der Preis für eine Tonne Rohbenzin binnen einer Jahresfrist um das Doppelte gestiegen und kostet heute rund 650 DM. Die Preisexplosion bei den Rohstoffen – und vor allem beim Erdöl – trifft die chemische Industrie besonders hart, denn dieser Industriezweig ist zu 80 % direkt oder indirekt von Mineralölprodukten abhängig. Es liegt nahe, angesichts der explodierenden Rohstoffpreise nach Substitutionsmöglichkeiten zu suchen. So forscht die Chemie schon

seit Jahren nach alternativen Rohstoffquellen, zum Beispiel über den Weg der Kohleveredlung. Die ersten Großanlagen werden in diesem Jahrzehnt ihre Arbeit aufnehmen.

Doch die auf solchen Umwegen gewonnenen Produkte und Stoffe können die Rohstoffe, die die Chemie in großem Umfang braucht, nur teilweise ersetzen. Für das Erdöl gibt es in der Chemie keine wirtschaftlich und technisch sinnvolle Alternative. Nur eine politische Entscheidung kann den Verteilungskampf um die Energieträger und

Rohstoffe entspannen: durch den zügigen und entschlossenen Ausbau der Kernenergie. Denn Öl ist viel zu wertvoll, um es einfach zu verheizen, sondern es sollte vor allem in den Bereichen eingesetzt werden, wo es nicht durch andere Stoffe ersetzt werden kann: im Verkehr und in der Chemie.

Spätestens Mitte der achtziger Jahre werden die Ölländer ihre petrochemische Produktion so weit ausgebaut haben, daß für die chemische Industrie in der Bundesrepublik mit ihrem hohen Lohnniveau eine ernsthafte Konkurrenz vor allem für den Bereich der einfacheren Produkte erwächst. Die Idee einer weltweiten Arbeitsteilung, bei der die Industriestaaten sich auf die Herstellung hochveredelter Produkte beschränken, ist unrealistisch. Die chemische Industrie verlore dadurch nicht nur an der

notwendigen Breite ihres Angebots, sondern begäbe sich darüber hinaus in eine weitere Abhängigkeit. Die aktuelle politische Lage zeigt, daß dies zu unübersehbaren Konsequenzen führen müßte. Dagegen kann der Technologietransfer einen Beitrag zu Entspannung im Verhältnis zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern leisten.

Die chemische Industrie in der Bundesrepublik kann ihre Zukunftschancen angesichts hoher Rohstoffpreise und Lohnkosten jedoch nur wahrnehmen, solange sie forschungs- und innovationsintensiv bleibt und ihren Know-how-Vorsprung behauptet. Wie kein anderer Industriezweig ist die Chemie in der Lage, mit ihrer hohen Forschungskapazität wesentlich zur Lösung der Probleme beizutragen,

die durch knappe und teure Rohstoffe entstehen. Sie hat in der Vergangenheit stets bewiesen, daß sie auch schwierigsten Herausforderungen mit schöpferischer Initiative und unternehmerischem Pioniergeist begegnet.

Voraussetzung sind allerdings ein hinreichender unternehmerischer Freiraum und ein aufgeschlossenes gesellschaftliches Klima. Hier bleibt der Staat aufgefordert, zu entsprechenden Rahmenbedingungen beizutragen. Überbürokratisierung und Streben nach perfektionistischen Reglementierungen lähmen auf Dauer Kreativität und Leistungsfähigkeit. Nur wenn sich technisches Können und unternehmerische Initiative entfalten dürfen, sind die Grundlagen unseres Wohlstandes auch in den achtziger Jahren gesichert.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Jochen Schober

**DER GELDANGEBOTSPROZESS
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

Die vorliegende Untersuchung soll die Einflußmöglichkeiten der Geldpolitik auf den monetären Bereich der Volkswirtschaft im Konjunkturverlauf aufdecken. Diese haben sich in dem vom Verfasser betrachteten Zeitraum nicht zuletzt wegen der wechselnden währungspolitischen Rahmenbedingungen erheblich verändert. Auch die geldpolitischen Grundsätze haben sich gewandelt. Dadurch ist die empirische Untersuchung zwar erschwert worden, jedoch wurde die Möglichkeit genutzt, eine Fülle von geldpolitischen Versuchen auf ihre Wirkung im Geldangebotsprozeß zu überprüfen.

Großoktav, 311 Seiten, 1979, Preis brosch. DM 36,-

ISBN 3-87895-184-1

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G